53. Jahrgang. № 69. Mittwoch, 10. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

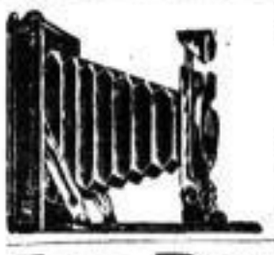
Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,42 (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen an der Privatstelle Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatstellen 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.



Amateur-Photographie
Cyko-Papier
Modernes Matt-Gaslichtpapier.
Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Eine gute Uhr: das beste Geschenk
Solide UHREN v. 8 Mk. an
Neuheiten in mod. Goldwaren
GUST. SMY
19 Moritzstrasse 19 Ecke König Johannstr.

Biesolt & Lockes Meissner Nähmaschinen haben Weltruf!
Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstrasse 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Zur Darmreinigungskur im März, sowie zur Vernichtung aller Art Eingeweidewürmer gebrauche man Medizinalrat **Dr. Küchenmeisters** Wurm-Präparate. **Salomonis-Apotheke** DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, meist heiter.

König Friedrich August begab sich gestern mit dem Herzog von Genua nach Turin.

Der Reichstag begann gestern die zweite Lesung des Weingesetz-Entwurfs.

Dem Reichstag ist eine Entschließung Gothein u. Gen., die Portofreiheit der regierenden Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen betreffend, zugegangen.

Die Verhandlungen über die Steuerfrage zwischen den Blockparteien und dem Fürsten Bülow haben bis jetzt zu keiner Einigung geführt; den Vertretern der Freisinnigen soll es nahegelegt worden sein, sich zunächst zur Bewilligung der indirekten Steuervorlagen der verbündeten Regierungen zu verpflichten.

Der Konservative Verein für Perleberg und Umgegend hat sich für die Nachlaßsteuer erklärt.

Das Reichsluftschiff unternahm heute eine dritte, vorzüglich verlaufene Fahrt.

Erzbischof Dr. v. Abert-Bamberg hat im Falle Tremel die Verfügung des General-Diakonats bestätigt und Pfarrer Tremel die Exkommunikation angedroht.

Die „Köln. Ztg." äußert sich offiziös über die Friedensaussichten auf dem Balkan.

Die italienischen Parlamentswahlen ergaben einen entschiedenen Sieg der Regierung.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Bingen-Alzey

hat interessante Schlaglichter auf die Zerfahrenheit in der nationalliberalen Partei und deren Verhältnis zu den Freisinnigen geworfen. Bekanntlich ist es in Bingen-Alzey zu einer Stichwahl gekommen, wobei ein Zentrumskandidat und der freisinnige Pfarrer Korell sich gegenüberstanden: trotz der Weisung des nationalliberalen Zentralvorstandes in Berlin, für Korell einzutreten, haben die Nationalliberalen im Wahlkreise für den Zentrumskandidaten Uebel gestimmt und ihm damit zum Siege verholfen. Darob großes Hallo innerhalb der nationalliberalen Partei und bei den Freisinnigen, die den Nationalliberalen Verrat an der liberalen Sache vorwarfen. In der Tat muß es auffällig erscheinen, daß man im Zeichen der Blockpolitik einem Zentrumsmann zum Reichstagsmandat verholfen hat, und zwar gegen den Willen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei. Die Haltung der nationalliberalen Wähler wird verständlicher, wenn man die besondere Lage in Rechnung zieht, in der sie sich befanden. Korell und Uebel waren beide Gegner der Blockpolitik; bei dem Ultramontanen war das selbstverständlich und der freisinnige Pfarrer Korell hatte ausdrücklich erklärt, daß er mit allen Kräften an der Zerstörung des Blockes arbeiten werde: die liberalen Wähler hatten also gewissermaßen zwischen zwei „Uebeln" zu wählen. Wenn sie sich für den Zentrumskandidaten entschieden, so sprach dabei nicht zuletzt die große Unbeliebtheit mit, die sich Herr Korell im Wahlkreise durch seine ganze Persönlichkeit und Agitationsweise zugezogen hatte. Die von ihm vertretene maßlose demagogische Richtung eines Freisinns Barthischer Schattierung behagte den Nationalliberalen des Wahlkreises Bingen-Alzey ebensowenig, wie sein den Sozialdemokraten vor der Stichwahl gegebenes Versprechen, gegen jede Erhöhung der indirekten Steuern bei der Reichsfinanzreform stimmen zu wollen. Es ist begreiflich, daß die nationalliberalen Wähler unter solchen Umständen dem Freisinnskandidaten wenig Sympathien entgegenbringen konnten, wie sie überhaupt von Anfang an die Aufstellung Korells überaus mißliebig empfunden hatten. Hätte die freisinnige Parteileitung in Bingen-Alzey einen genehmeren Kandidaten präsentiert, einen Kandidaten gemäßigter Richtung und Freund der Blockpolitik, so würde ihm auch die Unterstützung der Nationalliberalen bei der Stichwahl sicher gewesen sein. Daß sie es nicht getan haben, war Schuld der Freisinnigen, die mit der Aufstellung des radikalen Pfarrers Korell eingestandenermaßen um die Gunst der Sozialdemokraten geworben haben. Sie haben sich dabei zwischen zwei Stühle gesetzt und dürfen sich jetzt nicht über die „Untreue" der Nationalliberalen beklagen, zumal letzteren die Person des Zentrumskandidaten weitaus sympathischer sein mußte, da dieser in jeder Hinsicht einen gemäßigten Standpunkt vertritt.

Ist somit die Haltung der nationalliberalen Wähler im Wahlkreise Bingen-Alzey psychologisch und politisch erklärlich, so hat die ganze Angelegenheit mit ihrem Drum und Dran wiederum dargetan, wie weit man vom „Gesamtliberalismus" noch immer entfernt ist, und welche Konfusion in der nationalliberalen Partei herrscht. Der gesamtliberale Gedanke, mit dem man lange Zeit so stark geliebäugelt hat, hat sich auch im Falle Korell als Utopie erwiesen. Die Gegensätze zwischen dem Nationalliberalismus und dem demokratischen Freisinn Barthischer Richtung sind so ungeheuer groß, daß an eine Ueberbrückung derselben gar nicht zu denken ist. Jedesmal, wenn wirklich eine Belastungsprobe erfolgt, versagt die liberale Einigungsparole, zumal wenn ein Gewinn für die eigene Partei winkt, wie diesmal in Bingen-Alzey. Vielleicht hätte sich dort die nationalliberale Parteileitung wenigstens entschlossen, Stimmenthaltung zu proklamieren, wenn nicht das Zentrum als Lohn für die Wahlhilfe sich bereit erklärt hätte, bei der nächsten Wahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern gleich im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zu unterstützen. Man sieht, wie auch hier die berühmte Kuhschacherpolitik ihre Triumphe gefeiert hat! Nationalliberalismus und Zentrum: die sind sich sonst feind wie Feuer und Wasser, aber wenn es ein Geschäftchen zu entrieren gibt, finden sie sich doch zusammen. Man wird sich dieses Faktums erinnern müssen, wenn die Nationalliberalen gelegentlich andere Parteien wegen ihres Zusammengehens mit dem Zentrum angreifen sollten. Zwar wird der Zentralvorstand in Berlin seine Hände in Unschuld waschen, da er ja ein Eintreten für Korell befürwortet hat, aber dieser Entschluß kam merkwürdig spät, nämlich erst am Vorabend der Stichwahl, zur öffentlichen Kenntnis. Sonderbar, höchst sonderbar! Wäre es dem Zentralvorstand ernst mit seiner Weisung an die nationalliberalen Wähler im Wahlkreis Bingen-Alzey gewesen, so hätte er bedeutend früher eingreifen müssen. Da dies nicht geschehen, ist man zu der Annahme berechtigt, daß man in Berlin entweder selbst nicht wußte, was man wollte, oder aber einen diplomatischen Schachzug inszenierte, um sozusagen „das Gesicht zu wahren". Jedenfalls erscheint das Verhalten des Zentralvorstandes in eigentümlichem Lichte, und seine Klage über Mangel an Disziplin in der nationalliberalen Partei klingt in diesem Falle etwas gemacht. Daß in der nationalliberalen Partei eine feste Disziplin im allgemeinen nicht herrscht, ist bekannt und angesichts der verschiedenen Strömungen in ihrem Schoße auch erklärlich, aber den Wählern in Bingen-Alzey hätte man doch erst dann mit vollem Rechte Disziplinlosigkeit vorwerfen können, wenn ihnen die Berliner Parole rechtzeitig bekannt gegeben worden wäre. Vermutlich hat die Berliner Zentralleitung es erst gar nicht auf eine Kraftprobe zwischen sich und der hessischen Parteileitung ankommen lassen wollen, um einer offenen Niederlage mit allen ihren Konsequenzen auszuweichen; vielleicht — und das ist, wie schon oben angedeutet, das Wahrscheinlichere — hat sie überhaupt nicht die ehrliche Absicht gehabt, für Korell einzutreten, sondern nur ein taktisches Manöver im letzten Augenblick ausgeführt, um den liberalen Schein zu retten.

Daß ihr Verhalten und das der hessischen Nationalliberalen in den Reihen der eigenen Partei viel Mißstimmung erregt hat, ist begreiflich; viele Austritte aus der nationalliberalen Partei sind die Folge gewesen. Allzu tragisch wird man das freilich nicht nehmen dürfen, denn die Ausgetretenen gehören sämtlich dem linken Flügel an, der von jeher mit demokratisch-freisinnigen Anschauungen kokettiert hat. Aber auch liberale Blätter gemäßigter Art, wie z. B. der „Schwäbische Merkur", äußern ihr Mißfallen lebhaft. So schreibt das genannte Blatt unter anderem: „Was das Ergebnis der Bingener Wahl so bedauerlich macht, ist, daß die Nationalliberalen es nicht fertig gebracht haben, über die Kirchtürme ihres Wahlbezirks hinweg einen Blick auf die innerpolitische Gesamtlage zu werfen. Das Zentrum ist eben daran, durch seine genügend gekennzeichneten Praktiken in der Frage der Reichsfinanzreform den Block auszuschalten und hofft, mit konservativer Unterstützung in seine alte Machtstellung wieder einzurücken. Wenn je, so muß jetzt der gesamte Liberalismus fest zusammenhalten. Und in diesem Augenblick verstärken die Nationalliberalen von Bingen-Alzey die Reihen des Zentrums! Zur Erhöhung der Blockfreudigkeit des Freisinns wird dieses Verhalten nicht gerade beitragen." Dagegen muß allerdings gesagt werden, daß auch die Wahl Korells zur „Blockfreudigkeit" des Freisinns herzlich wenig beigetragen hätte, da Korell sich als ausgesprochenen Gegner der Blockpolitik bekannt hat. So viel ist jedoch an den Beschwerden des „Schwäbischen Merkur" richtig, daß die Unterstützung der Wahl eines Zentrumsmannes durch die Nationalliberalen im Zeichen der Blockpolitik unter allen Umständen bedauerlich bleibt. Besser wäre es auf jeden Fall gewesen, wenn die Nationalliberalen im Wahlkreise Bingen-Alzey sich der Stimme ganz enthalten hätten, statt einem politischen Kuhhandel zuliebe offen für den Zentrumskandidaten einzutreten. Wer weiß überdies, ob das Zentrum sein den Nationalliberalen für die nächste Wahl gegebenes Versprechen hält?! Zweifel sind immerhin berechtigt, denn wer auf Zentrumstreue baut, hat bisher noch stets auf Sand gebaut. Nimmt man dazu die wenig aufrichtige, zweideutige Haltung des nationalliberalen Zentralvorstandes in Berlin, so wird man die Wahl in Bingen-Alzey mit ihrem Drum und Dran nicht gerade unter die Ruhmesblätter der nationalliberalen Parteigeschichte einreihen können.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des **Weingesetz-Entwurfes.** Bei § 3, Grenzen der zulässigen Zuckerung, hat die Kommission in Uebereinstimmung mit der Vorlage das Maximum des Zuckerwasser-Zusatzes auf ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit festgesetzt. Der Zusatz soll aber nur in der Zeit zwischen Weinlese und 31. Dezember (statt 31. Januar) stattfinden. Auch soll der Zusatz ausnahmslos (die Vorlage hatte die Gestattung von Ausnahmen unter bestimmten Voraussetzungen durch die Landeszentralbehörde vorgesehen) nur innerhalb der deutschen Weinbaugebiete stattfinden dürfen. — Abg. Baumann (Zentr.) erstattet als Referent ausführlichen Bericht über die Kommissions-Verhandlungen. — Es liegen zu § 3 zwei Abänderungsanträge vor: 1. beantragt Abg. Paasche (natl.), das Maximum des Zuckerwasser-Zusatzes auf ein Viertel (statt ein Fünftel) festzusetzen. Außerdem soll der Satz gestrichen werden, wonach die Zuckerung zulässig ist, um einem Uebermaß an Säure insoweit abzuhelfen, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht. Ferner beantragen die freisinnigen Abgg. Hormann und Müller-Fierlohn die zeitliche Begrenzung des Zuckerzusatzes, wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen war (also 31. Januar als Endtermin) wiederherzustellen. — Auf Vorschlag des Präsidenten findet bei § 3 eine allgemeine Aussprache über das ganze Gesetz statt. — Abg. Dahlem (Zentr.) bekämpft den Antrag Hormann. Die Zeit bis 31. Dezember sei für die Vornahme der Zuckerung vollkommen ausreichend. Besonderes Gewicht sei auf § 6b zu legen, wonach deutsche Weißweine, die mit ausländischen Weinen verschnitten seien, keinesfalls mehr als „deutsche Weine" sollen verkauft werden dürfen. Zu befürchten sei zwar, daß dieser erst von der Kommission eingefügte Paragraph 6b von den Regierungen für unannehmbar erklärt werde. Dann müßten aber auch die Regierungen die Verantwortung übernehmen für den Ruin des deutschen Weißweinbaues. Auch die Keller-Kontrolle müsse unbedingt auf das ganze Reich ausgedehnt werden, wie dies die Kommission beschlossen habe. Die in der ursprünglichen Vorlage vorgeschlagen gewesene beschränkte Keller-Kontrolle sei ganz unzureichend. Ueberhaupt müsse überall an den Kommissionsbeschlüssen festgehalten werden, auch in bezug auf das Maximum des Zuckerzusatzes. Ebenso wie den Antrag Hormann, bitte er daher auch den Antrag Paasche abzulehnen. — Abg. v. Heyl zu Herrnsheim (natl.) wünscht, daß die Kommissionsbeschlüsse unverändert angenommen werden. Sollte es richtig sein, daß die Regierung § 6b unbedingt ablehnt, ihn für unannehmbar erklärt, so werde er lieber das ganze Gesetz fallen lassen. — Abg. Dr. Roesicke (Hospitant der Konservativen) schließt sich den Wünschen nach völlig unveränderter Annahme der Kommissionsbeschlüsse an. Auch seine Freunde seien vor allem der Meinung, es entspreche dem Prinzip dieses Gesetzes, daß Weine, die mit ausländischen Weinen verschnitten seien, als deutsche Weine keineswegs bezeichnet werden dürften. Bedauerlich sei, daß der Weinhandel auch jetzt, wo wir endlich zu einer vernünftigen Regelung der Weinfrage kommen dürften, immer noch Hindernisse in den Weg zu legen bemüht sei. — Abg. David (Soz.) bestreitet das. Der ganze solide Weinhandel sei an einem Schutze gegen Weinfälschung interessiert. Redner nimmt dem Antrage Hormann im Interesse des Moselgebiets zu, ebenso dem zweiten Teile des Antrages Paasche. — Abg. Hormann (freis. Volksp.) begründet seinen Antrag, spricht sich für den Antrag Paasche aus, hat mit Rücksicht auf unseren Export schwere Bedenken gegen § 5, der für gezuckerte Weine die Deklaration zwar nicht direkt, aber doch indirekt einführe und lehnt § 6b ab. — Staatssekretär von Bethmann-Hollweg bittet, dem Antrage Hormann entsprechend den Endtermin für den Zuckerzusatz auf den 31. Januar festzusetzen. Es würden sonst viele Winzer gezwungen sein, ihre Erzeugnisse vorzeitig zu verkaufen, zumal in einem Herbst mit später Lese und dann würden sich die Winzer mit niedrigeren Preisen begnügen müssen. Der Begriff „nahegelegen" in § 6 wird nicht kleinlich interpretiert werden. § 6b enthalte im zweiten Satz eine Bestimmung betreffend Rot- und Weißweinverschnitte, vor der er schon in der Kommission gewarnt habe. Der erste Satz in § 6b, der von dem Weißweinverschnitt mit ausländischen Weinen

Fertig ist der Frack von Friedrich & Glöckner